



Von Grün über BUND, VCD und ÖDP bis zu S 21-kritischen Sozialdemokraten: Das lokale Bündnis gegen Stuttgart 21 setzt auf den Volksentscheid. FOTO: PR

»Das Land vor der Pleite retten«

von Roland Hauser

REUTLINGEN. »Wir wollen nicht nur Griechenland, sondern auch Baden-Württemberg vor der Pleite retten«, verquickte der Landtagsabgeordnete der Grünen, Thomas Poreski, augenzwinkernd die Wahl des Veranstaltungsorts mit dem Veranstaltungszweck: Die diversen »zivilgesellschaftlichen Gruppierungen«, die sich dem lokalen Bündnis »Ja zum Ausstieg« angeschlossen haben, wollten – so der Einladungstext – die Beweggründe für ihre Ablehnung des Tiefbahnhofprojekts »Stuttgart 21« erläutern. Und weil so viele kamen, dass das Grünen-Büro in der Gartenstraße zu klein gewesen wäre, musste das Nebenzimmer der benachbarten Griechischen Taverne (»Achalm«) als Ausweichquartier herhalten.

Keine Kranken Bäume

Eberhard Frasch vom Reutlinger Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 führte die stattliche Rednerliste an und outete sich in Sachen Ausstieg wenig überraschend als »Ja-Sager aus guten Gründen«. Erneut forderte er eine konsequente Offenlegung und Kontrolle der Kosten und propagierte den »Reutlinger Appell«, wonach SPD-Finanzminister Nils Schmid keine Zahlungen für die Bahnprojekte Stuttgart – Ulm leisten soll, solange wesentliche Fragen ungeklärt seien. Reinhard Beneken und Dieter Dobler vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sehen in Stuttgart 21 keine Verbesserung, sondern einen »Rückbau von Infrastruktur«, und hinterfragten den Schlichterspruch, wonach im Schlossgarten nur kranke (»die gibt's da gar nicht«) Bäume gefällt, gesunde aber verpflanzt werden sollten – für Dobler, den Förster im Ruhestand, ein Flop.

Ex-Grünenstadtrat Christoph Joachim vom Landesvorstand des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) beklagte die derzeit eingleisig geplante Einfädelung des regionalen Bahnverkehrs in die Schnellbahnstrecke mit engen Zeitfenstern: »Hat ein ICE, IC oder IRE zwischen Stuttgart und München Verspätung, dann sind die Züge aus Reutlingen und der Region Neckar-Alb wartepflichtig.« Die Region werde durch S 21 klar benachteiligt, so Christoph Joachim. Reutlingens Oberbürgermeisterin Barbara Bosch und Landrat Thomas Reumann würden durch ihr Eintreten für Stuttgart 21 die regionalen Interessen »verraten«. Falls sie ihren »Tagtraum« vom zweigleisigen kreuzungsfreien Ausbau der Wendlinger Kurve verwirklicht bekämen, dann nur, »wenn sie dafür 70 Millionen Euro aus den Kassen unserer Region auf den Tisch legen.«

Der Reutlinger Vorsitzende der Ökologisch- Demokratischen Partei (ÖDP), Matthias Dietrich, ist Bahnreisenforscher und wusste zu berichten, dass der Fahrgast in erster Linie daran interessiert sei, »dass er den Anschluss bekommt«, und weniger an ein paar Minuten Zeitgewinn bei Reisen »von Großstadt zu Großstadt«. Das Tiefbahnhofprojekt entspreche deshalb nicht den Bedürfnissen der Bahn fahrenden Mehrheit.

Regionalstadtbahn bevorzugt

»Wir sehen uns als das soziale Gewissen in Reutlingen«, sagte Friedemann Salzer für die Kreistagsfraktion der Grünen und beklagte die Verschlechterung für Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer, die durch Stuttgart 21 gegenüber dem »relativ barrierefreien Kopfbahnhof« Nachteile in Kauf nehmen müssten (separater Bericht im Lokalteil). Rainer Buck von der Gemeinderatsfraktion der Grünen würde sich den Einsatz, den OB Bosch »und andere Mandatsträger« für S 21 bringen, lieber für die Regionalstadtbahn wünschen. Ihre Aussage, beide Projekte zu unterstützen, hält er für wenig Erfolg versprechend: »Wenn das Geld jetzt für Stuttgart 21 ausgegeben wird, sehe ich die Gefahr, dass die Mittel für die Regionalstadtbahn begrenzt sind.« Leon Welker von der Grünen Jugend hieb in dieselbe Kerbe.

»Baden-Württemberg zahlt einen hohen Preis für Stuttgart 21«, ergänzte die Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke und listete zahlreiche »wichtige Schienenprojekte im Land« auf, die im Investitionsrahmenplan von 2011 bis 2015 zugunsten der Finanzierung von S 21 gestrichen worden seien. Das Schlusswort oblag dem Sozialdemokraten Hans Schäfer: »Die SPD-Spitze ist naiv, wenn sie glaubt, dass nach der Volksabstimmung wieder Ruhe einkehrt im Land.« (GEA)